

28. Juli 2000

Forschungsprojekt zur „Zwangsarbeit in Niederdonau“ Studie soll konkrete Entschädigungsunterlagen liefern

Das heutige Niederösterreich, zur Zeit des Dritten Reiches „Niederdonau“ genannt, beschäftigte sowohl in absoluten Zahlen als auch durchschnittlich die meisten Zwangsarbeiter der gesamten „Ostmark“. Das war schon bisher aus in den letzten Jahren verfassten wissenschaftlichen Arbeiten bekannt. Um nunmehr auch zu konkreten Namen und biographischen Eckdaten zwangsweise Beschäftigter zu kommen und Grundlagen für eine Entschädigung liefern zu können, wurde in Niederösterreich das wissenschaftliche Forschungsprojekt „Ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Niederdonau“ gestartet. Initiiert wurde es vom Leiter des NÖ Landesarchivs, Dr. Anton Eggendorfer, der im Mai dieses Jahres zum „Landesbeauftragten für die Koordination der Zwangsarbeiterfragen für Niederösterreich“ ernannt und dem Büro Schaumayer unterstellt wurde.

Eggendorfer beabsichtigt, mit seinen Mitarbeitern aus dem Landesarchiv auch die verschiedenen Branchen und Wirtschaftssektoren, in denen Zwangsarbeit geleistet wurde, zu erheben. In Fallstudien sollen überdies konkrete Arbeits- und Lebensbedingungen der betroffenen Menschen erhoben werden, wobei man auch auf die Beziehungen zwischen der Ortsbevölkerung und den ausländischen Arbeitern eingehen will.

Leider stehen keine Akten der ehemaligen Reichsstatthalterei Niederdonau zur Verfügung. Daher wird eine Verwaltungsebene tiefer, und zwar bei den Landratsämtern (heute Bezirkshauptmannschaften), bei den Bezirksstellen der Gebietskrankenkasse, in Firmenarchiven und in den Meldeämtern der Gemeinden nachgeforscht.

Statistisch ist das Problem der Zwangsarbeit aus wissenschaftlichen Arbeiten schon längere Zeit bekannt: So weiß man, dass zivile ausländische Arbeitskräfte schon sehr früh in großer Zahl eingesetzt wurden. Dazu kamen Kriegsgefangene, ungarische Juden und zum Arbeitseinsatz abkommandierte KZ-Häftlinge. Seit 1941/42 wurden ausländische Zwangsarbeiter massenhaft und systematisch eingesetzt, die Furcht vor „Überfremdung“ fand ihren Niederschlag in diskriminierenden Sonderregelungen. Es gab eine rassistische Hierarchie, an deren Ende sich die Juden, Zigeuner und sogenannte „Ostarbeiter“ befanden. Hauptarbeitgeber war zunächst die Land- und Forstwirtschaft. Seit dem Frühjahr 1944 wurden zehntausende ungarische Juden nach Niederdonau verschleppt und unter oft unmenschlichen Bedingungen beim Bau des „Südostwalles“, einer militärischen Befestigungsanlage an der ungarischen Grenze, eingesetzt. Sie wurden auch auf Landwirtschaft, Industrie und Handwerk aufgeteilt und im Straßenbau verwendet. In der Literatur werden mehr als 120 Gemeinden genannt, in denen ungarische Juden

NÖPK Presseinformation

Zwangsarbeit leisteten. Um KZ-Häftlinge verstärkt einsetzen zu können, wurde bei Rüstungsfirmen eine Reihe von Außenanlagen des KZ Mauthausen errichtet: Von elf Konzentrationslagern dienten acht diesem Zweck. Es ging um Kugellager und Panzer für Steyer Daimler Puch, um Raketen für die Raxwerke Wiener Neustadt, um Flugmotoren in Wiener Neudorf und um Düsenjäger und Flugzeuge in der Hinterbrühl und in Schwechat. Aus dem Frauenlager Hirtenberg kamen die Arbeitskräfte für die dortigen Gustloff-Werke, eine Munitionsfabrik. Im Mai 1944 waren in „Niederdonau“ fast 192.000 zivile ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene, dazu 30.000 KZ-Häftlinge und geschätzte 50.000 ungarische Juden zwangsweise tätig.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at